

FDP-*Kreistagsfraktion* Ostholstein

Kreistagssitzung am 30. März 2010;
TOP 7 (neu)
Rettungsschirm für die Kommunen,

Änderungsantrag zum Antrag der SPD-Kreistagsfraktion

Die FDP-Kreistagsfraktion beantragt, den vorliegenden Text der Resolution durch die nachfolgende Formulierung zu ersetzen.

Der ostholsteinische Kreistag appelliert an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Bundesregierung, bei der geplanten Steuerreform die Interessen der Kommunen zu wahren, um ihnen die Finanzierung ihrer kommunalen Aufgaben zu ermöglichen.

Gleichzeitig appelliert der ostholsteinische Kreistag an die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages und die Landesregierung, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die geplante Steuerreform nicht zu Lasten der Kommunen geht.

Weiterhin fordert der ostholsteinische Kreistag die Bundesregierung auf, die Reduzierung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft (KdU) zurückzunehmen. Der Bundesanteil muss sich an den tatsächlichen Kosten der Unterkunft (Miete, Nebenkosten, ect.) orientieren.

Begründung:

In der Vergangenheit haben Bundestag und Landtag den Kommunen immer wieder Aufgaben zugewiesen, ohne dafür eine auskömmliche Finanzierung bereitzustellen.

Bei weiteren finanziellen Belastungen durch neue Reformgesetze sind die Kommunen nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen.

Manfred Breiter
u. Fraktion